



PER EMAIL AN

Ep27@efv.admin.ch

Frau Bundespräsidentin Karin Keller-Suter

Departmentsvorsteherin EFD

Adrian Schmid

Präsident des Stiftungsrates

Schweizer Demokratie Stiftung

Demokratieturm, Marktgasse 67

3011 Bern

27. April 2025

**Vorentwurf des Bundesgesetzes über das Entlastungspaket 2027 – Vernehmlassung
Stellungnahme der Schweizer Demokratie Stiftung (SDF)**

Sehr geehrte Frau Bundespräsidentin, geschätzte Frau Keller-Sutter
Sehr geehrte Damen und Herren

Die Schweizer Demokratie Stiftung (nachfolgend «SDF») bezieht sich in rubrizierter Angelegenheit auf die Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens vom 29. Januar 2025 und nimmt dazu wie folgt Stellung.

Die SDF beschränkt ihre Stellungnahme auf die Massnahme «*Verzicht auf Beitrag an das Auslandangebot der SRG*» gemäss Ziff. 2.2 des erläuternden Berichtes zur Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens.

Ein Viertel Jahrhundert ist vergangen, seit die neue Schweizer Bundesverfassung am 1. Januar 2000 in Kraft getreten ist. Das entsprechende Gesetz wurde am 18. April 1999 in einer Volksabstimmung mit gegen 60% Ja-Stimmen verabschiedet – womit wir uns allen in Artikel 54.2. eine ebenso einzigartige wie vorausschauende Aufgabe erteilt haben: „Die Förderung der Demokratie in der Welt“. In keiner anderen staatlichen Verfassung wird diese Aufgabe derart explizit benannt wie in der Schweizer Bundesverfassung.

Die Gründung der Schweizer Demokratie Stiftung geht auf diesen Auftrag zurück. Aber nicht nur: Seit der Jahrtausendwende hat die Demokratie weltweit eine wahre Achterbahnfahrt erlebt. Neben Erweiterungen und Vertiefung in vielen Teilen der Welt, darunter in erster Linie auch auf der lokalen und transnationalen Ebene hat die Demokratie vielerorts auch an eben erst gewonnenem Terrain wieder verloren. Laut dem jüngsten Weltbericht zur Demokratie unseres Partnerinstitutes „Varieties of Democracy“ bestehen weltweit nicht mehr demokratische Freiheiten und Rechte als 1985, auf dem Höhepunkt des Kalten Krieges.

Diese Situation macht eines mehr als deutlich: wir müssen den Verfassungsauftrag noch ernster als bisher nehmen – und uns als Schweizer Demokratinnen und Demokraten noch mehr dafür stark machen. Das macht die SDF seit vielen Jahren in Zusammenarbeit mit Partnerorganisationen, auch staatlichen wie dem EDA, der Bundeskanzlei

sowie kantonalen und kommunalen Stellen. Zudem arbeiten wir in Fragen der Demokratieinformationsvermittlung eng mit Medienorganisationen schweiz- und weltweit zusammen. Als unser wichtigster und stabilster Partner hat sich in den letzten 25 Jahren der Auslandsdienst der SRG, SWI swissinfo.ch, erwiesen, der in zehn Sprachen mit professionellem Journalismus dazu beigetragen hat, dem Verfassungsauftrag zur internationalen Demokratieförderung Nachdruck und Glaubwürdigkeit zu verleihen.

Seit der Erstaustragung der ersten Weltkonferenz der Volksrechte – dem Global Forum on Modern Direct Democracy - im Jahre 2008 hat SWI swissinfo.ch als Medienpartner der weltweiten grössten Fachkonferenz zu Fragen der partizipativen und direkten Demokratie dazu beigetragen, dass die Inhalte und Themen des Forums global beachtet, verstanden und reflektiert werden können.

Umso mehr sind wir besorgt und bestürzt darüber, dass der Bundesrat nun im Rahmen des Entlastungspaketes 2027 erwägt, auf den Bundesbeitrag an das Auslandsangebot der SRG zu verzichten und damit die Existenz des weltweit einzigartigen zehnsprachigen demokratiejournalistischen Services von SWI swissinfo.ch in Frage zu stellen. Aus Sicht der SDF wäre dies das denkbar ungeschickteste Zeichen zu einem Zeitpunkt, in dem autoritäre politische Kräfte weltweit die Meinungsfreiheit, den professionellen Journalismus und letztlich eben unsere grundlegenden Menschenrechte deutlich einschränken und die demokratischen Rechte abbauen wollen.

Wir möchten Sie deshalb dazu ermuntern und auffordern, auf den angedachten „Verzicht auf den Bundesbeitrag an das Auslandsangebot der SRG“ zu verzichten und damit ein klares Zeichen dafür zu setzen, dass es dem Bundesrat und der Schweiz in diesen für die Demokratie weltweit so herausfordernden und besorgniserregenden Zeiten, wichtig ist, den in Artikel 54.2. festgelegten Auftrag der Bundesverfassung weiter mit Nachdruck zu verfolgen. Dabei spielt SWI swissinfo.ch eine so wichtige, wie wertvolle Rolle.

Die Schweizer Demokratie Stiftung als nicht-staatlicher Akteur und Werkzeug zur Umsetzung dieses Verfassungsauftrages kann Ihnen versichern, auch in Zukunft die Aktivitäten des Bundes zur weltweiten Demokratieförderung zu unterstützen und zu ergänzen. Und wir sind überzeugt, dass wir ausgehend von einer Fortsetzung des Bundesbeitrages an das Auslandsangebot der SRG auch in den kommenden Jahren eng mit SWI swissinfo.ch als Medienpartner und kritischer journalistischer Begleiter kooperieren können.

Aufgrund der obigen Ausführungen lehnt die SDF den Vorschlag des Bundesrats, auf die Bundessubventionen für das Auslandsangebot der SRG ab 2027 zu verzichten, ab.

Für Ihre Kenntnisnahme und für die wohlwollende Prüfung und Berücksichtigung unserer Anliegen, sehr geehrte Frau Bundespräsidentin, sehr geehrte Damen und Herren, danken wir Ihnen.

Freundliche Grüsse



Adrian Schmid

Präsident des Stiftungsrates

adrian.schmid@swissdemocracy.foundation